



JETZT

ERST RECHT!

INHALT

RÜCKBLICK KANTONALE WAHLEN	2-3
GRÜNE KANTONSRATSFRAKTION	4-5
GRÜNE STADT ZÜRICH	6-7
GRÜNE WINTERTHUR	8
ABSTIMMUNGEN 14. JUNI 2015	10-13
GRÜNE BERGSTEIGERINNEN	14
FAIR-FOOD-INITIATIVE	15
AGENDA & GRÜNKOHL	16

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Kein angenehmer Wahlsonntag war er, der 12. April 2015. Ein Rechtsrutsch im Kanton Zürich, der Verlust unseres Sitzes in der Regierung, sechs Grüne Sitze weniger im Kantonsrat. Was haben wir falsch gemacht? Die Analysen brauchen Zeit, aber klar ist, dass die politische Grosswetterlage nicht für uns gearbeitet hat.

Wir haben seit den Gemeindewahlen einen riesigen Sprung nach vorne geleistet. Der sehr kurzfristige Wechsel des Auftritts hat uns viele Ressourcen gekostet. Aber er hat uns auch einen gelungenen Auftritt gebracht und damit Aufmerksamkeit.

Gekämpft wie die Löwen – und verloren

Wir waren präsent, in allen Bezirken. Sogar im Bezirk Andelfingen, wo man sozusagen chancenlos war, einen Sitz zu machen. 179 Grüne KandidatInnen und zahlreiche WahlhelferInnen haben unsere Ideen vertreten. Jede einzelne Minute Wahlkampf hat sich gelohnt, für die Umwelt und für die Grüne Politik.

Eine Niederlage ist auch eine Chance. Sie schweisst uns zusammen. Wir gehen über die Bücher und stehen wieder bereit, um für die Umwelt einzustehen und unsere Ideale zu vertreten. Jetzt erst recht, denn wir sind die Guten!

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich



LIEBE LESERINNEN

Der Kanton hat gewählt – und wir haben verloren. Mögliche Gründe dafür werden auf den Seiten 1–3 dieses «grünen blatts» genannt, weitere werden wir analysieren. Ein knappes halbes Jahr vor den National- und Ständeratswahlen heisst es aber für uns ohnehin «hinfallen, aufstehen, Krone richten, weitergehen», oder wie auf der Titelseite «Jetzt erst recht!». Denn die Themen gehen weder uns, noch dem Kanton Zürich oder der Schweiz aus. Und noch immer wollen wir unseren Kanton, die Schweiz, die Welt ökologischer und solidarischer machen.

Die nächsten kleinen Schritte zu diesem grossen Ziel sind die zahlreichen Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni 2015 (S. 6–13) und unsere Fair-Food-Initiative: Unser Sammelziel im Kanton wollen wir bis zu den Sommerferien erfüllen (S. 15)!

Und natürlich stecken wir schon in den Vorbereitungen für die eidgenössischen Wahlen im Herbst. Die wollen wir ohne Verluste bestreiten. Jetzt erst recht!

Ulla Blume, Parteisekretärin
Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 2'200 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Markus Kunz, Simone Bertogg, Monika Bättschmann, Karin Rykart, Doris Hofstetter, Raphael Schär, Steven Goldberg, Luca Maggi, Esther Guyer, Balthasar Glättli, Bastien Girod, Daniel Vischer, Andrea Söldi, Urs Riklin. Bildnachweise: S. 1: shell shock / flickr.com, S. 3 unten: Peter H. Rüegg, S. 4&5: Heiko Hoffmann, S. 6: Monika Bättschmann, S. 7: Hochbaudepartement Stadt Zürich, S. 9: Junge Grüne, Heiko Hoffmann, S10: Trudy Obscure / photocase.de, S.11: zettberlin / photocase.de, S. 13: M. Kasahara / flickr.com, S. 14: Grüne BergsteigerInnen, S.15: Urs Riklin. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO2-neutral und auf FCS-Papier gedruckt: FSC C010121.

KANTONALE WAHLEN 2015

GROSSE GRÜNE VERLUSTE

Die Spannung der letzten Wochen ist vorbei, die Zahlen sind auf dem Tisch. Wir Grünen sind die grossen VerliererInnen der Regierungs- und Kantonsratswahlen 2015. Wir haben Martin Grafs Sitz in der Regierung verloren und unsere Kantonsratsfraktion schrumpft um sechs Sitze. Für fundierte Analysen ist es zu früh, da müssen wir uns etwas Zeit lassen und über die Bücher gehen. Trotzdem lassen sich heute bereits einige Gründe ausmachen, die zu unserem schlechten Abschneiden geführt haben.

Eine Regierung ohne Grüne Beteiligung

Dass es für Martin Graf eng werden würde, das war vorhersehbar. Einige «glückliche» Umstände haben uns vor vier Jahren zum Sitz in der Regierung verholfen: Einerseits die Konstellation mit der schwachen Person von Hans Hollenstein und andererseits der Fukushima-Effekt. Während der Legis-

ticket. Wie sonst ist es erklärbar, dass die CVP, die bei knapp 4.9 Wählerprozenten stagniert, eine Regierungsrätin erhält?

Sechs Sitzverluste im Parlament

Unsere WählerInnenstärke hat um 3.35% abgenommen und liegt jetzt bei 7.22%. Damit sind wir knapp hinter die



Unser Wahlkampf im Kanton war aktiv! Z.B. in Bülach...

latur gab es dann einige Stolpersteine. Mit dem Justizdepartement haben wir ein Departement erhalten, in dem es schwierig ist, öffentlichkeitswirksam Grüne Politik zu machen. Dann der Fall Carlos, der uns bestimmt einige (wenn wohl auch nicht all zu viele) Stimmen gekostet hat. Die Medien, die die Geschichte dankbar und ausdauernd bewirtschaftet haben, haben sicher auch ihren Teil dazu beigetragen. Was aber sicherlich einen grösseren Effekt hatte, war das bürgerliche Top Five-

gip gerutscht und nun fünftstärkste Kraft im Kanton. Wir sind aber noch immer deutlich stärker als die Kleinstparteien CVP, EVP, EDU, BDP und AL. Im Kantonsrat haben wir sechs von 19 Sitzen verloren und stellen mit 13 Sitzen nun die fünftgrösste Fraktion. Ein weiterer Wermutstropfen für uns ist, dass die AL Fraktionsstärke erreicht hat mit neu 5 Sitzen (+2). Damit müssen wir in Zukunft auf die gute Zusammenarbeit mit den AL-KantonsrätInnen in unserer Fraktion verzichten.



... und Horgen.

Für eine genaue Analyse der Ergebnisse in den Wahlkreisen müssen wir alle Statistiken abwarten. Klar ist aber bereits, dass wir in allen Bezirken verloren haben. Wir können hier also von einer Gesamttendenz sprechen. Das ist natürlich wenig erfreulich für die Grünen, zeigt aber auch, dass hier einiges offenbar nicht in unseren Händen liegt. Bei den kantonalen Wahlen 2014 in Bern, Glarus, Zug und Nidwalden konnten wir zulegen oder zumindest halten. Seit dem Jahreswechsel haben wir in allen Kantonen, Baselland, Luzern und ZH verloren. Es drängt sich auf, dafür die Frankenkrise mitverantwortlich zu machen. Auf dem Sorgenbarometer sind die Umweltthemen nach hinten gerutscht. Dafür stehen die Zukunftsängste um die wirtschaftliche Stabilität und die Arbeitsplätze im Vordergrund. Wir Grünen haben es nicht geschafft, hier unsere Lösungsansätze zu platzieren – denn Antworten auf diese Probleme haben wir sehr wohl!

Ein schlechtes Vorzeichen für die Umwelt im Kanton

Für den Kanton Zürich ist der Verlust der Grünen Sitze, gekoppelt mit dem Verlust der fünf glp-Sitze ein ökologisches Desaster. Wo es bereits in der letzten Legislatur schwierig war, für die Umwelt Erfolge zu erzielen, wird es mit den neuen Mehrheitsverhältnissen beinahe unmöglich sein. Denn wenn auch über Atomausstieg und Energiewende bei den Top Five Parteien keine Einigkeit besteht, dann doch ein

unausgesprochener Konsens darüber, dass die Energiewende (wenn sie dann überhaupt kommen soll), momentan auf der langen Bank landen soll. Es ist an uns, zu zeigen, dass eben genau in der Energiewende die wirtschaftlichen Potenziale der Zukunft liegen.

Fazit

Für uns gibt es somit keinen Grund, von unseren Kernthemen abzuweichen. Verbessern können wir unsere

Kommunikation, unser Auftreten und die Platzierung unserer Themen. Wir müssen es schaffen, aufzuzeigen, dass wir sehr wohl Antworten auf die aktuellen Sorgen haben. Und es bedeutet auch, dass wir etwas lauter brüllen müssen, um gehört zu werden.

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

HERZLICHEN DANK, MARTIN!

Martin Graf hat in den letzten vier Jahren bewiesen, dass er ein hervorragender Regierungsrat war. Er hat im Justizdepartement, das nicht unser Wunschdepartement war, vieles angepackt. Man denke an das Gemeindegesetz, das in aufwendiger Kleinarbeit erstellt werden musste, ans Massnahmezentrum Uitikon, das unter Martin endlich erfolgreich umgebaut und erweitert werden konnte, oder an die erste Gemeindefusion nach 80 Jahren von Bertschikon und Wiesendangen.

Martin Graf hat sich innert kürzester Zeit in die schwierigen und äusserst

vielseitigen Dossiers eingearbeitet. Er hat uns sein breites Wissen zur Verfügung gestellt und hat immer konstruktiv mit uns zusammen gearbeitet. Martin war unser Wunschkandidat und stellte seine Führungsfähigkeit täglich unter Beweis.

Lieber Martin, wir danken Dir für Dein Engagement in der Regierung, im Wahlkampf, für die Grünen. Wir wünschen Dir für Deine persönliche Zukunft nur das Beste – und dass Du den Grünen erhalten bleibst!

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich



Marionna Schlatter (Präsidentin), Martin Graf & Esther Guyer (Fraktionspräsidentin)

KOMMISSIONS ARBEIT

Neben dem montäglichen Ratsbetrieb arbeiten unsere ParlamentarierInnen auch in den kantonsrätlichen Kommissionen mit. Dort wird sogar die Hauptarbeit für die Beschlüsse des Kantonsrats geleistet, denn die Kommissionen haben die Aufgabe, die Ratsgeschäfte vorzubereiten und dem Kantonsratsplenum Anträge zu stellen.

Die Kommissionen sind proportional nach Fraktionsstärke zusammengesetzt, die Grüne Fraktion ist in allen Kommissionen mit einem oder zwei Mitgliedern vertreten.

Es gibt 7 Sachkommissionen mit je 15 Mitgliedern. Sie beraten die Beschlüsse des Kantonsrats (z.B. zu Verfassungs- und Gesetzesrevisionen, Volksinitiativen, Parlamentarischen Initiativen, Kreditbeschlüssen oder Berichten des Regierungsrates zu Postulaten) in ihrem jeweiligen Sachbereich vor. Zudem beraten die Sachkommissionen das Budget zuhanden der Finanzkommission vor. Kommissionen können aber selbständig initiativ tätig werden.

Neben den Sachkommissionen gibt es 5 Aufsichtskommissionen mit je 11 Mitgliedern. Sie üben die Oberaufsicht über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Regierungsrates und seiner Verwaltung sowie über die Justizverwaltung und die selbständigen Anstalten aus. Sie beraten auch die Geschäftsberichte und Rechnungen vor. Die Finanzkommission verfasst zudem einen konsolidierten Antrag zum Budget, die Justizkommission prüft die fachliche und persönliche Eignung der Richterkandidaturen zuhanden der Interfraktionellen Konferenz. Die Interfraktionelle Konferenz mit derzeit 18 Mitgliedern (2 Mitglieder pro Fraktion) bereitet alle Wahlgeschäfte für den Rat vor.

■ Ulla Blume, Parteisekretärin
Grüne Kanton Zürich

GESTALTUNGSSPIELRAUM NUTZEN

Interview mit Ralf Margreiter, Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) des Kantonsrats.

Ralf, du warst eine Legislatur lang Präsident der KBIK. Hat sich das gelohnt?

Der politischen Grosswetterlage entsprechend war das keine Legislatur der grossen bildungspolitischen Würfe. Vieles war Justierung und Weiterentwicklung im Kleinen.



Dennoch war das Präsidium für mich wie für die Partei sehr lohnend. Für uns Grüne ist es politisch wichtig, solche Funktionen zu übernehmen und den Gestaltungsspielraum zu nutzen. Der Zeitaufwand war allerdings gross, was Abstriche bei anderen Themen zur Folge hatte. Für die Steuerpolitik etwa blieb mir nur wenig Raum. Persönlich konnte ich viel dazulernen: in politischer Planung und Leitung, aber auch über die Prozesse in der Verwaltung.

Was waren die Highlights?

Von der Kommissionsarbeit her: die Stipendienreform. Hier gelang es, weit auseinanderliegende Vorstellungen mit Geduld aus den Schützengräben heraus und zu einem tragfähigen Kompromiss zu führen. Dass trotz Mehrkosten sämtliche Fraktionen dahinter stehen, ist im Zürcher Kantonsrat, zumal vor Wahlen, nicht selbstverständlich.

Ein Beispiel für «Politik als Kunst des Machbaren»: keine Stipendienrevolution, aber wir bringen den Kanton Zürich ein gutes Stück voran.

Als Erfolg sehe ich auch die Stärkung der höheren Berufsbildung. Und dass wir die Volksschule im Kern davor schützen konnten, für ideologische, neoliberale wie national-konservative Kämpfe instrumentalisiert zu werden.

Was waren Tiefpunkte?

Mich schmerzt die Ablehnung der Grundstufe in der Volksabstimmung. Auch haben wir, von den Stipendien abgesehen, für faire Zugangschancen zu Bildung keine Fortschritte erzielt (Beispiel: Gymiprüfung). Dieses Thema wird uns weiter beschäftigen.

Absoluter Tiefpunkt im Bildungsbereich ist für mich der Frontalangriff der SVP auf die Universität (Causa Mörgeli). Die SVP demontiert in ihrem Kulturkampf nach den Gerichten eine weitere ihr missliebige Institution. Für ihre Einschüchterungsstrategie scheut sie auch vor Behördenterror nicht zurück, ohne Rücksicht auf Kosten (für die SteuerzahlerInnen notabene) und Verluste. Das ist nicht nur destruktiv, das ist brandgefährlich.

Und was steht nun an in der Bildungspolitik?

Stichworte sind: Tagesschulen, Lehrplan 21, Fremdsprachen. Investitionsberg im Bildungsbereich abtragen: Mittel- und Berufsfachschulen (Sanierung und Neubauten), grosse Bauvorhaben der Universität (Irchel und Zentrum).

■ Das Gespräch führte Markus Kunz,
Gemeinderat Grüne, Zürich

«TATKRÄFTIG UND GUT FUNKTIONIEREND»

DIE GRÜNEN IM PARLAMENT

Interview mit der Präsidentin der Grünen Kantonsratsfraktion, Esther Guyer, zur vergangenen Legislatur.

Esther, was zeichnete die Grünen im Zürcher Kantonsrat aus?

Gegenwärtig hört man von bürgerlichen Parteien den Ruf nach Gemeinsinn. Dies obwohl sie bis anhin vor allem dem Wettbewerb und speziell natürlich dem Steuerwettbewerb frönten und Fortschritt nur dann erlaubten, wenn er ihrer Klientel einen finanziellen Nutzen brachte. Die Ziele grüner Politik sind dagegen ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit in einer funktionierenden Wirtschaft. Weil wir für diese Werte konsequent und glaubwürdig einstehen, bildeten wir in der vergangenen Legislaturperiode eine tatkräftige und gut funktionierende Fraktion.

...die erstmals mit einem Regierungsrat zusammenarbeiten konnte.

Ja, das war neu für uns. Aber eine Vertretung in der Regierung zu haben, ist gut für Partei und Fraktion. Dies betrifft insbesondere den gegenseitigen vertrauensvollen Informationsaustausch. Eine Vertretung in der Regierung heisst aber auch, dass man in guten wie in schlechten Zeiten zusammenhält. So beispielsweise auch beim Fall Carlos, wo wir zur Versachlichung der Diskussion beitragen konnten. Es war eine harte Zeit.

Welche Akzente konntet ihr bei den Finanzen setzen?

Im Laufe der Legislatur verschoben sich die Schwerpunkte der bürgerlichen Mehrheit aus SVP, FDP, der wackligen CVP und der in Steuerfragen stramm bürgerlich agierenden GLP. Nach den gewonnenen Referenden, die wir ergriffen oder unterstützt haben, z.B. zu Steuerentlastungen für natürliche Personen und zur Unternehmens-

steuerreform II, mässigten sich die Bürgerlichen in ihrem Kampf um tiefere Steuern im Rahmen des interkantonalen Steuerwettbewerbs. Dass diese Strategie nicht funktioniert, zeigen mittlerweile auch konservative Kantone wie Schwyz, die als kurzlebige «Gewinner-Kantone» ihre Steuern wieder erhöhen müssen.

Und wie lief es in den Grünen «Kerngeschäften»?

Erfolgreich waren wir im Bereich Wohnen und erneuerbare Energien. Die vom Volk angenommene Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) zur Nutzung erneuerbarer Energien auf den Dächern wurde mit einer parlamentarischen Initiative von Martin Geilinger angestossen. Sie belegt den Stimmungswechsel im Volk hin zur vermehrten Nutzung von erneuerbaren Energien. Im Gegensatz zu Regierungsrat Kägi, der die Energiewende unnötig findet und einen rückständigen Energieplanungsbericht ohne Atomausstieg vorlegte, bestätigte das Stimmvolk die fortschrittliche Grüne Politik.

Einer der wichtigsten Erfolge in der letzten Legislatur war die Zustimmung der Stimmberechtigten zu unserer Kulturlandinitiative. Dass sich die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat auch nach dieser krachenden Niederlage der Umsetzung verweigerte und nicht einmal darüber reden wollte, zwang uns den Weg ans Bundesgericht auf.

Als einzige Partei im Kanton Zürich beurteilen wir den Zugriff staatlicher

Macht bei Fragen der Grundrechte, dem Schutz der Privatsphäre und dem Recht auf persönliche Freiheiten konsequent kritisch. Auch wenn die Abstimmungen um das Hooligan-Konkordat und das Polizeigesetz nicht gewonnen wurden, muss die Diskussion um die staatliche Überwachung verstärkt geführt werden. Wir bleiben dran.

Und was ist sonst noch zu sagen?

Stichwort Standortentwicklung: Der Kanton muss eine gute, nach ökologischen Kriterien gebaute Infrastruktur aufweisen. Das heisst auch, dass er für Sanierungen mehr investieren muss. Dass hier die bürgerliche Mehrheit in der Regierung und im Kantonsrat den Kopf in den Sand steckt, ist unerträglich. Die Folge ist, dass wir vor einem riesigen Investitionsstau stehen, der uns in der nächsten Legislatur noch viel Bauchweh machen wird.

■ Das Gespräch führte Markus Kunz, Gemeinderat Grüne, Zürich



PFLEGE HEUTE? PFLEGENOTSTAND?

PFLEGE IN ZUKUNFT?

Auch dem Zürcher Gesundheitswesen fehlen Pflegefachkräfte – und zwar immer mehr. Während die Krankenkassen mit ihrem Dokumentationswahn noch mehr Zeit von der eigentlichen Pflege auf Administratives abziehen, streichen die bürgerlichen Parteien die nötigen Mittel für die Ausbildung neuer Fachkräfte. Hier müssen wir Grünen aktiv werden!

Der Pflegeberuf hat in den vergangenen Jahrzehnten diverse Entwicklungen und Veränderungen durchgemacht. Die Pflegefachkräfte fehlen in den Spitälern, Pflegezentren, bei der Spitex und in den Altersheimen. Die Reihenfolge ist nicht willkürlich, sondern entspricht der vermeintlichen Attraktivität der jeweiligen Aufgabenbereiche. Die Spitäler erscheinen potentiellen Arbeitnehmenden am attraktivsten, nicht zuletzt, weil deutliche Lohnunterschiede zwischen Akut- und Langzeitversorgung vorhanden sind.

je nach Szenario zwischen 85 000 bis 108 000 Pflegefachkräfte.

Bürgerliche verschlimmern Personalmangel

Nun scheint es logisch, dass das Gewicht auf die Ausbildung von Pflegefachkräften gelegt werden muss, damit wir auch in Zukunft – und die geht uns alle an – genügend qualifiziertes Pflegepersonal haben. Im Dezember 2014, in der Budgetdebatte des Gemeinderates der Stadt Zürich, hat die bürgerliche Ratsseite die dazu notwendigen

Dokumentationswahn

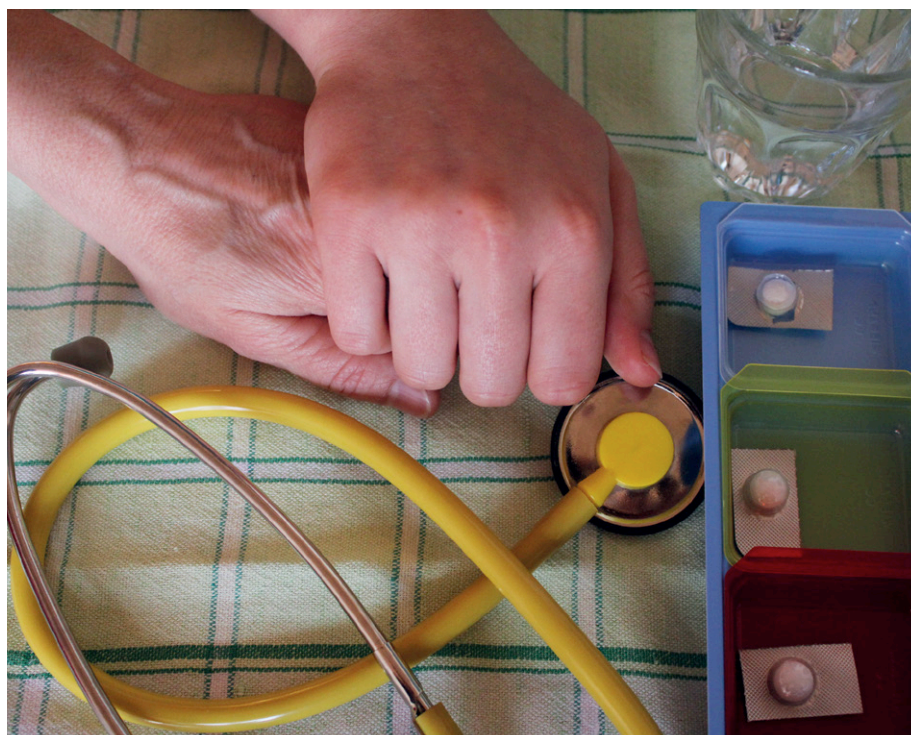
An das Pflegepersonal, egal mit welcher Qualifikation, werden besonders in der Langzeitpflege immer höhere Anforderungen gestellt. Eine davon sind sehr gute Deutsch-Kenntnisse, damit die Einträge in die Pflegedokumentation so verfasst werden können, dass sie eine Kontrolle der Krankenkassen bestehen.

Diese überkorrekten Dokumentationen, die in der Zwischenzeit eine Dimension angenommen haben, die nicht mehr wirklich vertretbar ist, benötigen viel Zeit. Diese Zeit geht einerseits vom direkten Kontakt mit PatientInnen / Bewohnenden ab, andererseits wird sie von niemandem – ausser evtl. von den Steuerzahlenden? – finanziell abgegolten. Dies einfach, um den Kontrollwahn der Krankenkassen zu befriedigen, den wir über unsere Prämien bezahlen!

Es braucht Strategie und Innovationen

Um den Pflegeberuf attraktiv zu gestalten und den Fachkräftemangel zu beheben, sind Innovationen sowie eine Gesamtschau und Strategie nötig. Die Gesellschaft und die Politik auf allen Stufen sind gefordert. Denn die gute, professionelle, menschenwürdige Pflege und Betreuung geht uns alle an! Ein Thema, um das wir Grüne uns kümmern müssen.

■ **Monika Bättschmann**, Leiterin eines Altersheims, dipl. Sozialarbeiterin HF, und **Simone Bertogg**, dipl. Pflegefachfrau, Gerontologin



In der Schweiz werden jährlich 4 600 Pflegefachkräfte zu wenig ausgebildet, um den Bedarf zu decken. Die Zukunft sieht düster aus: Aufgrund der demografischen Entwicklung und des Ausstiegs der Babyboomer-Generation aus dem Erwerbsleben fehlen im Jahr 2020 gemäss einer Studie des Obsan (Schweizerisches Gesundheitsobservatorium)

finanziellen Mittel mit einem Knopfdruck gestrichen, was ein absoluter Affront gegenüber den Menschen ist, die Pflege, unter welchen Rahmenbedingungen auch immer, benötigen. Und: die Bürgerlichen zeigten einmal mehr, dass sie nicht fähig sind, nachhaltige Entscheidungen zu fällen.

MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN IN RIESBACH

MEHR PLATZ FÜR DIE MUSIKSCHULE

Am 14. Juni darf sich die Bevölkerung der Stadt Zürich zu einer Vorlage äussern, die die logische Fortsetzung des in der Gemeindeordnung verankerten wohnpolitischen Grundsatzartikels ist. Im Quartier Riesbach soll praktisch direkt am Ufer des Zürichsees eine kommunale Wohnsiedlung mit 122 neuen, bezahlbaren Wohnungen entstehen. Dafür muss ein Objektkredit von 100.7 Mio. Franken genehmigt werden. Einen weiteren Kredit von knapp 35 Mio. gilt es für die Musikschule zu sprechen.

Es zieht sich wie ein roter Faden durch eine Geschichte: Debatten im Gemeinderat Zürich zu grossen Investitionen fallen häufig kürzer und emotionsloser aus, als dies bei kleineren Geschäften der Fall ist. An was das liegt? Man kann nur Vermutungen anstellen. Sicher ist, dass Sachgeschäfte mit hohen Kreditsummen in den Kommissionen intensiver und gründlicher diskutiert werden. Das ist die eine Seite – die andere Seite ist, dass solche Geschäfte sich häufig auf eine übergeordnete Grundlage beziehen, die bereits von einer Mehrheit der Bevölkerung gut geheissen wurde.

Die Grünen haben sich immer für eine gute Durchmischung der Bevölkerung in allen Quartieren und für ökologische Massnahmen beim Bauen und Wohnen eingesetzt. Mit unserer Initiative «Bezahlbar und ökologisch Wohnen!» konnten wir insbesondere die Diskussion über den Wohnflächenverbrauch und den Ausbaustandard nachhaltig beeinflussen.

Mehr bezahlbare Wohnungen im Seefeld

So sind nun auch bei der geplanten Siedlung Hornbach die Wohnflächen deutlich kleiner ausgefallen, was sich positiv auf die Mietzinse auswirken wird. Das Quartier Riesbach – eines der teuersten Wohnquartiere in der Stadt Zürich – verfügt heute im Vergleich zur ganzen Stadt Zürich über eine unterdurchschnittliche Anzahl an bezahlbaren Wohnungen. Unter den 9 900 Wohneinheiten sind nur gerade 102 kommunale und 420 genossenschaftliche Wohnungen zu verzeichnen. Die geplante Siedlung Hornbach ist mit den zusätzlichen 122

Wohnungen zwar nur ein Tropfen auf den heissen Stein – aber mit einem JA zum Objektkredit können wir einen kleinen Schritt in die richtige Richtung machen.

Mehr Platz für Musikunterricht

Bei der zweiten Vorlage, über die wir am 14. Juni abstimmen, entscheidet die Stimmbevölkerung ebenfalls über einen Objektkredit: 30.1 Millionen Franken für den Kauf der Liegenschaft Florhof und zusätzlich 3.5 Millionen Franken für die Instandsetzung ebendieses Gebäudes. Heute befindet sich die Liegenschaft im Besitz der Förderstiftung Musikschule Konservatorium Zürich und diese hat die Räumlichkeiten bis zum Umzug ins Toni-Areal der ZHdK vermietet. Das Haus an der Florhofgasse 6 wurde vor über 100 Jahren als Musikschulgebäude errichtet und ist auch heute noch für Musikunterricht und kleinere Konzerte konzipiert.

In der Stadt Zürich steigt seit Jahren die Zahl der Kinder, die Unterricht an der Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) nehmen. Insgesamt sind es 19 000 singende und musizierende SchülerInnen an rund 150 Standorten. Was für eine schöne Entwicklung! Doch die dafür zur Verfügung stehenden Räume sind immer schwieriger zu finden. Der Stadtrat hat sich entschieden, den Florhof zu kaufen, um mehr Raum für den Musikunterricht sowie einen zentralen Standort für die MKZ zu sichern.

Die Gelegenheit für den Kauf ist einmalig. Stimmen die StimmbürgerInnen dem Kredit nicht zu, verkauft die Förderstiftung das Gebäude an den Meistbietenden. Auch wenn der Kaufpreis für das Gebäude hoch ist, sind wir der Meinung, dass die Strategie der Stadt – teure Fremdmieten aufzugeben und Liegenschaften zu kaufen – richtig ist.

■ Karin Rykart, Fraktionspräsidentin
Grüne im Gemeinderat Zürich



VON EFFORT14+ ZU BALANCE:

WIE WINTERTHUR SPART

«Stoppt die Ausverkäufer!», «Die Indios würden es wohl nicht verstehen», «Wegfall Lotsendienst: Viele offene Fragen». So und ähnlich lauten die Titel von Leserbriefen im Landboten, der Winterthurer Tageszeitung, die sich mit der aktuellen Sparhysterie in Winterthur beschäftigen.

Die Liste, wo gespart werden soll, ist unendlich lang: beim Stadttheater, beim Stadtwerk, bei der Stadtgärtnerei, bei der Stadtentwicklung, bei der Stadtpolizei, bei der Stadtbibliothek, bei der Alterspflege, beim Reinigungsdienst usw. Zur Veranschaulichung einige konkrete Beispiele: So wird das Putzpersonal im neuen Hauptsitz der Stadtverwaltung («Superblock»), nicht mehr als Angestellte der Stadtverwaltung reinigen, sondern von einer privaten Firma angestellt sein. Logische Folge für das Putzpersonal: wesentlich tiefere Löhne. Anderes Beispiel: Die Stadt spart 40 Lehrstellen ein, insbesondere bei den KV-Lehrlingen. Aber: Das so hochgelobte duale Bildungssystem der Schweiz funktioniert nur, wenn auch entsprechende Lehrstellen vorhanden sind. Weiteres Beispiel: Der Lotsendienst, der neu Schulweghilfe heisst, und gefährliche Strassenübergänge für die Kleinsten überwacht, soll abgeschafft werden. Das heisst doch nichts anderes, als dass sich die Eltern nun selbst um die Schulwegsicherung kümmern müssen. Sogar die Vögel helfen mit, das Defizit der Stadt Winterthur zu verringern: die Vögel im Vögelipark werden abgeschafft. Spareffekt: 30 Rappen pro EinwohnerIn. Anderes Beispiel: Die 43 städtischen Räume, in denen Musikbands proben, werden neu kostendeckend vermietet. Das führt zu

Mietzinsaufschlägen für die Bands bis zu 75%. Usw. usf.

Wir wehren uns

Gegen eine vom Gemeinderat beschlossene Sparmassnahme wurde von den Grünen, der AL, der EVP und der SP das Behördenreferendum ergriffen.

sind in erster Linie Frauen, die wegen eines tieferen Lohns häufig nur eine Minimalrente haben. Die Abstimmung fand am 12. April 2015 statt. Das Abstimmungsergebnis war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Es wird zeigen, wie weit die Bevölkerung beim Sparen zu gehen bereit ist.



Die Sparturbos wollen das sogenannte strukturelle Defizit der Stadt Winterthur um jeden Preis verkleinern und im besten Fall zum Verschwinden bringen. Um ein Budget ins Lot zu bringen, gibt es bekanntermassen zwei Möglichkeiten: Die Verminderung der Ausgaben (daran wird intensiv gearbeitet) und die Erhöhung der Einnahmen (daran wird kaum gearbeitet). In den letzten Jahren wurden die Steuereinnahmen aus strukturellen Gründen immer mehr vermindert. So nahmen die Steuereinnahmen der Stadt Winterthur durch Steuergesetzrevisionen in den Jahren 2011 bis 2014 um geschätzte 38.75 Mio. pro Jahr ab. Dies entspricht ziemlich genau jenem Betrag, der durch «Balance» eingespart werden soll. Bis jetzt hat eine bürgerlich-grünliberale Mehrheit jeglichen Versuch vereitelt, diese Abnahme wenigstens teilweise mit einer

Es handelt sich um die Aufhebung der AHV- und IV-Gemeindeforschüsse für mittellose AHV- und IV-RentnerInnen. Es geht um 68 Franken pro Monat und Person. Das ist viel für Pensionierte, die ihr Leben lang gearbeitet, aber eine ungenügende Vorsorge haben. Betroffen

Steuererhöhung zu kompensieren. Es kann und darf nicht sein, dass weiterhin vor allem auf Kosten der Schwächsten gespart werden soll.

■ Doris Hofstetter, Gemeinderätin Grüne Winterthur



NATIONALRATSWAHLEN WIR SIND BEREIT!

Am 27. März haben wir an einer ausserordentlichen MV die KandidatInnen für unsere eigene junggrüne Nationalratsliste gewählt. 17 Kandidatinnen und 16 Kandidaten aus dem ganzen Kanton sind hoch motiviert, einen aktiven und aussergewöhnlichen Wahlkampf zu führen, um dann im Herbst ein Glanzresultat zu erreichen. Im vergangenen Dezember wurde national mit der Lancierung der Zersiedelungsinitiative das Hauptthema für den Wahlkampf gesetzt. Ab Ende April werden wir somit regelmässig auf der Strasse stehen und für die Initiative, die weitere Einzonungen verhindert und nachhaltige Quartiere fördert, sammeln und damit auch Wahlkampf betreiben.

Mit Absicht haben wir aber auf unserer Liste zwei Plätze frei gelassen. Die Jungen Grünen Zürich haben für die Nominationsversammlung am 12. Mai den Antrag eingereicht, dass Elena Marti als Spitzenkandidatin der Jungen Grünen auf einem der ersten drei Plätze der Grünen Liste nominiert wird. Mit den beiden Leerzeilen wollen wir unsere WählerInnen dazu animieren, Elena Marti zweimal auf unsere Liste zu setzen.

Elena Marti kann als «Urgestein» der Jungen Grünen bezeichnet werden. Seit 6 Jahren ist sie aktives und motiviertes Mitglied. Zu Beginn leitete sie die AG Klimergie, später war sie eine treibende Kraft beim Asylreferendum. Sie ist vielseitig interessiert und setzt sich vor allem in der Migrations-, Sozial-, und Energiepolitik für Grüne Ziele ein. Ausserdem engagiert sie sich aktiv gegen jegliche Lebensmittel-

verschwendung. Als Vertreterin der Grünen im 1. Mai-Komitee, als Vorstandsmitglied von Second@s Plus und Präsidentin des Vereins Äms Fäscht ist sie bereits gut vernetzt.

Diesen Sommer schliesst sie ihre Lehre als Polydesignerin 3D mit Berufsmaturität ab und ist überaus motiviert, im Anschluss einen aktiven und überraschenden Wahlkampf zu führen.



Elena Marti, Spitzenkandidatin der Jungen Grünen auf der Grünen Liste

Wir begrüssen es sehr, wenn auch die Grünen am 12. Mai mit Elena Marti eine junge Kandidatin an die Spitze der Nationalratsliste wählen. Dies wäre ein klares Zeichen für junge Frauen in der Politik und würde die Jungen Grünen ungemein motivieren.

■ Raphael Schär, für die GL der Jungen Grünen Zürich

JA ZUR CHAN- GERECHTIGKEIT!

Am 14. Juni kommt die Stipendieninitiative des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften (VSS) zur Abstimmung. Ihr Ziel ist ein bildungspolitischer Dauerbrenner und ein urgrünes Anliegen: Der freien Zugang zur Ausbildung unabhängig von sozialer und geographischer Herkunft.

Bereits Mitte der sechziger Jahre stellte der Bundesrat klar, dass dieses Ziel nur mit einem effizienten und ausgebauten Stipendienwesen möglich ist. Davon kann heute aber keine Rede sein: Seit 1993 ist das von Bund und Kantonen bereitgestellte Stipendiovolumen gar um 25% gesunken. Auch die Anzahl von StipendienbezügerInnen ist seit 2004 rückläufig. Zuletzt erhielten lediglich 8% aller Studierenden überhaupt ein Stipendium. Ein derartiges System auf Sparflamme kann dem eigenen Anspruch eines fairen Zugangs zu Bildung nicht gerecht werden. Dazu kommen die erheblichen Unterschiede in der Stipendien-Höhe zwischen den Kantonen. Ob z.B. Studierende an der Uni Zürich von dem Stipendium, das sie unter Umständen erhalten, leben können, hängt vor allem vom Wohnkanton der Eltern ab.

Die Initiative will die Kompetenz für die Vergabe und Finanzierung von Stipendien auf die Bundesebene verlagern und so dem Flickenteppich im Stipendienwesen ein Ende setzen. Zugleich sollen die Zuwendungen einen minimalen Lebensstandard sichern. Der indirekte Gegenvorschlag und auch das Stipendien-Konkordat der Kantone bleiben insbesondere bei diesem letzten Punkt unzureichend.

Die Jungen Grünen unterstützen daher die Stipendien-Initiative und werden sich aktiv im Komitee der Zürcher Abstimmungskampagne engagieren.

■ Steven Goldbach,
Koordinator Junge Grüne

HÄRTEFALLKOMMISSION

ERHALTEN



Am 14. Juni stimmt der Kanton Zürich über die Zukunft der Härtefallkommission ab. Diese Kommission ist seit 2009 ein letzter Notanker für abgewiesene AsylbewerberInnen. Die SVP will diesen mit einer Initiative abschaffen. Dagegen braucht es Grünen Widerstand.

Ich möchte meinen Text gegen die Abschaffung der Härtefallkommission mit der Geschichte eines jungen Irakers beginnen – einer Geschichte über ein Einzelschicksal. Beim Thema «Härtefallkommission» ist eine solche für einmal angebracht, denn bei Härtefällen handelt es sich immer nur um Einzelfälle.

Jeder Härtefall ist ein Einzelfall

Vor sechs Jahren flüchtet ein junger Mann aus dem Irak in die Schweiz. Er hat die Flucht von der irakischen Grenze bis in die Schweiz vorwiegend zu Fuss beschritten. Hier stellt er einen Asylantrag. Während des Entscheidungsverfahrens arbeitet er in einem Spital und verschiedenen Gastrobetrieben, zum Teil über 15 Stunden am Tag. Dann der Schock: Trotz inzwischen fliessenden mündlichen Deutschkenntnissen, vielen neuen FreundInnen und genügend Geld für ein eigenständiges Leben wird sein Asylgesuch abgelehnt. Die Begründung: Der Irak sei für junge Männer sicher genug. Seine Ausweisung wird angekündigt. Ein Härtefallgesuch wäre seine letzte Chance, wohl aber aussichtslos. Der junge Mann hat Glück. Er braucht kein Härtefallgesuch. Er hat in Zürich seine Liebe gefunden und geheiratet. Er kann hier bleiben.

Nicht alle Menschen haben dieses Glück und dennoch kann sich auch ihr Lebensmittelpunkt trotz abgewiesenem Asylgesuch in die Schweiz verlegt

haben. Genau darum gibt es im Kanton Zürich seit 2009 eine Härtefallkommission.

Diese behandelt «Gesuche von abgewiesenen Asylsuchenden und solchen mit einem Nichteintretensentscheid, sowie Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern, die seit mehreren Jahren hier leben und die in der Schweiz noch nie ein asyl- oder ausländerrechtliches Bewilligungsverfahren durchlaufen haben». Für Sans-Papiers ist sie generell die einzige Möglichkeit, einen legalen Aufenthaltsstatus zu erhalten. Die Härtefallkommission soll also Menschen helfen, die rechtlich keine Aufenthaltsbewilligung erhalten können, bei denen es aber aufgrund ihrer Lebensumstände unmenschlich und unverhältnismässig wäre, sie auszuweisen. Härtefallgesuche müssen sowohl vom Migrationsamt als auch von der neunköpfigen Härtefallkommission positiv beurteilt werden. Sind sich diese beiden Gremien uneinig, entscheidet der kantonale Sicherheitsdirektor.

Strenge Hand

Der Kanton Zürich führt bei Härtefällen eine sehr strenge Hand. So wurden 2014 von 26 Gesuchen lediglich 12 gutgeheissen. Bei vier Entscheidungen waren sich Migrationsamt und Kommission uneinig. Drei davon wurden vom Sicherheitsdirektor gutgeheissen. In den Vorjahren sind die Zahlen trotz mehr eingereichten Gesuchen ähnlich.

Daraus lässt sich aus Grüner Sicht nur ein Fazit ziehen: Statt über die Abschaffung der Härtefallkommission sollte viel mehr über deren strenge Politik diskutiert werden. Wie kann es sein, dass in einem sozialdemokratisch geführten Sicherheits- und Migrationsdepartement weniger als die Hälfte aller Gesuche positiv bewertet werden? Die tiefe Anzahl von gestellten Gesuchen bringt zudem zum Ausdruck, dass viele abgewiesene AsylbewerberInnen den Gang vor die Härtefallkommission als aussichtslos betrachten. Der Gang in die Illegalität scheint vielen sicherer als die Gefahr abgeschmettert zu werden. Das ist traurig.

Wahlkampf auf Kosten von Minderheiten

Es ist Wahljahr und die SVP macht einmal mehr auf dem Rücken einer kleinen Minderheit Wahlkampf. Wir Grünen stellen uns einmal mehr gegen diese hässliche und menschenfeindliche Politik. Ein Grünes Nein zu dieser Initiative ist aus meiner Sicht eine reine Selbstverständlichkeit. Kommen wir endlich aus der Defensive! So lange die Schweiz ein derart strenges Asylwesen hat, wollen wir die Härtefallkommission nicht abschaffen, sondern noch viel mehr Härtefallgesuche und noch viel mehr positive Urteile.

■ Luca Maggi, Vizepräsident Grüne Schweiz, Zürich

BÜROKRATIE MONSTER

Die Doppelinitiativen «Ja zu fairen Gebühren im Kanton» und «Ja zu fairen Gebühren in den Gemeinden» führen zu nichts – ausser zu mehr Bürokratie. Deshalb lehnen wir sie deutlich ab.

Die beiden Gebühren-Initiativen verlangen, dass künftig alle Gebühren auf Gesetzesebene geregelt werden. Neue kantonale Gesetze oder Gesetzesänderungen sollen dem obligatorischen Referendum unterstehen, wenn sie eine Gebührenerhöhung zur Folge haben, die über den Aufwendungen des Gemeinwesens angesetzt wird oder für die Einzelnen höhere Belastungen zur Folge haben. In den Gemeinden unterstehen die Gebühren der Geneh-

Die bürgerlichen InitiantInnen erhoffen sich mit den Initiativen eine Eindämmung des «Gebührenwahnsinns», den sie, so es ihn überhaupt gibt, als bürgerliche Mehrheit über die Gesetzgebung selbst verursacht haben.

Aus folgenden Gründen sind die beiden Vorlagen abzulehnen:

- Gebühren sind über die Gesetze demokratisch legitimiert. Scheinen sie

und angemessen sein. Wird neu jede einzelne Gebühr mit dem Katalog genehmigt, wächst die Gefahr, dass Gebühren nach politischen und nicht mehr nach sachlichen Kriterien festgelegt werden.

- Die Initiativen sind schludrig abgefasst. Es ist unklar, was passiert, wenn ein Gebührenkatalog abgelehnt wird. Bleibt der alte Katalog in Kraft, oder gibt es gar keine Gebüh-



migung durch das Parlament oder die Gemeindeversammlung. Neu müssten der Kanton und die Gemeinden alle Gebühren in einem Gebührenkatalog auflisten, der vom Parlament oder von der Gemeindeversammlung genehmigt werden muss.

Die kantonale Initiative verlangt eine Verfassungsänderung. Für die Gemeindeebene muss das Gemeindegesetz geändert werden. Wir haben dagegen das Behördenreferendum, 81 Zürcher Gemeinden das Gemeindereferendum ergriffen.

zu hoch, können sie auf dem Rechtsweg angefochten werden.

- Gebühren werden in den Gesetzen aufgelistet und bewilligt. Muss jetzt noch ein umfassender kantonaler Gebührenkatalog verfasst werden, so ist das ein völlig unnötiger bürokratischer Aufwand. Dasselbe gilt für die Gemeinden. Über den ganzen Katalog müsste einmal pro Legislatur abgestimmt werden.
- Gebühren sind nach sachlichen Kriterien festzusetzen. Sie sollen verursachergerecht, kostendeckend

ren mehr? Ebenfalls unklar ist, ob im Fall höherer Gebühren über ein ganzes Gesetz abgestimmt werden muss, oder nur über die Gebühren.

Ausgerechnet die Parteien, die seit Jahren gegen die «überbordende Bürokratie» wettern, legen uns mit diesen beiden Vorlagen ein veritables «Bürokratiemonster» vor. Dazu sagen wir ganz klar zweimal NEIN.

■ Esther Guyer, Fraktionspräsidentin
Grüne Kanton Zürich

STIPENDIENINITIATIVE

WICHTIGE STÄRKUNG DER AUSBILDUNG

Chancengleichheit in Bezug auf die Ausbildung ist ein wichtiges Anliegen. Leider fehlt aber in vielen Kantonen die Möglichkeit, für die Ausbildung ein Stipendium zu erhalten. Deshalb braucht es die Stipendien-Initiative. Sie ist auch die richtige Antwort auf die aktuelle Debatte um den starken Franken.

Seit dem SNB-Entscheid zur Aufhebung der Eurountergrenze überbieten sich die rechts-bürgerlichen Parteien mit Vorschlägen für Steuersenkungen. Dabei geht vergessen, dass für Unternehmen nicht nur die Steuern, sondern auch die staatlichen Leistungen wichtig sind. Eine zentrale davon ist die gute Ausbildung der Schweizer Bevölkerung, die für viele Firmen ein zentraler Standortfaktor ist.

Der aktuelle Fachkräftemangel zeigt aber, dass immer noch ein Mangel an gut ausgebildeten Menschen besteht. Dieser Umstand ist umso störender, als es viele junge Menschen gibt, die gerne

eine qualitativ hochstehende Ausbildung (ob an ETHs, Fachhochschulen, Universitäten oder in der höheren Berufsbildung) absolvieren würden, sich aber eine solche finanziell nicht leisten können. Denn in vielen Kantonen bestehen keine oder nur ungenügende Möglichkeiten, eine solche Ausbildung mittels Stipendien zu finanzieren. Das ist auch kurzfristig, weil die Investition in die Ausbildung auch die beste präventive Massnahme gegen Arbeitslosigkeit und damit höhere Sozialausgaben ist.

Im heutigen Stipendienwesen werden Ausbildungsbeihilfen je nach Kanton

mit unterschiedlichen Vergabekriterien und Beitragshöhen vergeben. Damit hängt der Erhalt von Unterstützungsbeiträgen in erster Linie vom Wohnkanton ab und nicht von der tatsächlichen finanziellen Situation. Ziel der Stipendieninitiative ist eine Harmonisierung und Verbesserung des Stipendienwesens. Sie ist ein konsensorientierter Vorschlag, der die Ausbildungsunterstützung in Bundeskompetenz verankern will, ohne dabei die Schulhoheit der Kantone zu beschränken.

■ Bastien Girod, Nationalrat, Zürich

JA ZUR REVISION

DES RADIO- UND FERNSEHGESETZES

Bei der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) geht es um einen Systemwechsel bei der Gebührenerhebung für die Programme des SRF. Hingegen hat die Abstimmung nichts mit dem Auftrag an das SRF zu tun. Wir stimmen mithin nicht über einzelne Programme oder den Umfang des Auftrags an das SRF ab.

Heute wird gebührenpflichtig, wer ein Radio- oder Fernsehgerät in Betrieb hat. Das ist überholt und entspricht nicht mehr der Lebensrealität, denn viele Sendungen werden über PC, Smartphones oder Tablets konsumiert. Zudem ist die Kontrolle mit einem unverhältnismässigen Aufwand verbunden. Namentlich betrifft das auch das Gewerbe. Denn auch die Geräte in Restaurants, Büros oder Einkaufsfilialen wären an sich gebührenpflichtig. Allerdings werden Kontrollen selten durchgeführt. Es ist deshalb von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Neu sollen alle privaten Haushalte gebührenpflichtig werden. Ausgenom-

men sind BezügerInnen von Ergänzungsleistungen zu AHV/IV und HeimbewohnerInnen. Die Gebühr sinkt von 462 auf 400 Franken. Von den Firmen, die nun auch unabhängig davon, ob sie über ein Gerät verfügen, eine Gebühr entrichten, werden 75% von ihr befreit, 9% zahlen nur noch 400 Franken, derweil der Höchstsatz bei 39 000 Franken liegt. Da die Mediengebühr neu unabhängig von der Anzahl der Empfangsgeräte erhoben wird, entfallen die Billag-Kontrollen, was zu einer klaren Entbürokratisierung führt.

Diese neue Regelung ist einfach und sinnvoll. Dem Referendatskomitee geht es letztlich um einen grundsätzli-

chen Angriff auf das SRF. Der Einwand, damit müssten auch Haushalte eine Gebühr bezahlen, die über gar kein Gerät verfügen, ist vorgeschoben und auch nicht stichhaltig. Denn das SRF ist eine zentrale Institution des «service public», weshalb sich eine generell erhobene Gebühr rechtfertigt, von der die sozial Schwächsten befreit sind. Ohne SRF gäbe es keine schweizerweite Informationsversorgung. Deshalb muss auch Ja stimmen, wer sich wie ich sehr oft über die mangelnde Qualität einzelner Infosendungen des SRF tödlich aufregt.

■ Daniel Vischer, Nationalrat, Zürich

JA ZUR ERBSCHAFTSSTEUER

Die Grünen haben die Initiative für eine massvolle schweizerische Erbschaftssteuer von Anfang an mit unterstützt. Sie schafft einen Ausgleich zu den Steuersenkungsvorlagen für die Reichen der letzten Jahre: Ihre Erträge fliessen der AHV und den Kantonen zu. So werden Leute mit normalen Einkommen und KMU entlastet.

Überall in der Schweiz ist in den letzten Jahren das Kapital steuerlich entlastet worden, durch sinkende Kapital- und Handänderungssteuern und eine tiefere Belastung von Kapitalerträgen. Profitiert haben davon vor allem Grosskonzerne und jene, die sehr viel Kapital besitzen. Damit wurde die Schere zwischen reich und arm immer grösser. Heute besitzen die reichsten Zehntausend mehr als 90% aller Steuerpflichtigen zusammen. Kompensiert wurden die Steuerausfälle durch Sparprogramme und neue Steuern und Abgaben auf Löhnen und Konsum. Belastet werden also der Mittelstand und die KMU – über Mieten, Krankenkassenprämien, Mehrwertsteuer und Gebühren.

Erbschaftssteuer stärkt AHV

Neu soll eine moderate Steuer von 20% auf Vermögen über 2 Millionen für mehr Ausgleich sorgen. Von den geschätzten Erträgen sollen 2 Milliarden in die AHV fliessen, eine Milliarde geht an die Kantone. So sinkt der Bedarf für

unsoziale Zusatzfinanzierungen über die MWSt.

Schauermärchen stimmen nicht

Die Schauermärchen der Gegner stimmen nicht. Wohnungen und Einfamilienhäuser können steuerfrei vererbt werden, umso mehr als der Freibetrag bei einem Paar bei jedem Erbgang gewährt wird und so unter dem Strich 4 Millionen steuerfrei weitergegeben werden können. Auch kleine und mittlere Unternehmen sind durch die Reform nicht gefährdet. Das Parlament wird hier die Modalitäten festlegen. Mit einem Freibetrag von beispielsweise 50 Millionen könnten KMU steuerfrei an die nächste Generation übertragen werden. Landwirtschaftsbetriebe sind zudem gemäss Initiativtext ganz von der Erbschaftssteuer befreit. Mehr Infos auf:

www.erbschaftssteuerreform.ch

■ Balthasar Glättli, Nationalrat, Zürich



Wie weit wollen wir sie noch aufgehen lassen, die Schere zwischen arm und reich?

PRÄIMPLANTATIONS DIAGNOSTIK

Während das Fortpflanzungsgesetz bei den Grünen umstritten ist, empfehlen Fraktion und Vorstand einstimmig ein JA zum neuen Verfassungsartikel zur Präimplantationsdiagnostik.

Mittels Präimplantationsdiagnostik (PID) wird ein ausserhalb des Körpers erzeugter Embryo genetisch untersucht, um zu entscheiden, ob er eingepflanzt werden soll oder nicht. So können Tot- oder Fehlgeburten sowie schwere Erbkrankheiten vermieden werden. Problematisch an der PID ist aber, dass prinzipiell auch andere erbliche Eigenschaften wie etwa das Geschlecht ausgewählt werden können oder gar die gezielte Schaffung von «Retterbabys» möglich ist, die nur zum Zwecke «gezüchtet» werden, ihrem kranken Geschwister Gewebe spenden zu können.

Die heute geltenden Bestimmungen der Bundesverfassung lassen die PID nur unter so strengen Vorgaben zu, dass sie praktisch kaum durchführbar ist. Die neue Verfassungsbestimmung soll diesen Rahmen öffnen. Sie verbietet aber weiterhin klar die ethisch höchst umstrittene Schaffung von «Retterbabys».

Am 14. Juni wird nun einzig über diese Verfassungsänderung abgestimmt. Erst nach einem JA wird dann die bereits fertig beratene Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes veröffentlicht. Ein Referendum dagegen gilt als sicher. Während die Grünen die Verfassungsänderung einstimmig unterstützen, geht die Gesetzesänderung einigen Grünen zu weit. Ein Nein zur Verfassungsänderung aber braucht es darum auch aus ihrer Sicht nicht. Im Gegenteil: Ein NEIN am 14. Juni würde auch ein besseres Fortpflanzungsgesetz verunmöglichen.

■ Balthasar Glättli, Nationalrat, Zürich

ÖKOLOGISCHE

WANDERSCHUH-ABDRÜCKE HINTERLASSEN

Raus aus dem stickigen Sitzungszimmer, an die frische Bergluft: Wer ab und zu dieses Bedürfnis verspürt, findet bei den Grünen BergsteigerInnen Gleichgesinnte.

Die Natur ist bei den Grünen bekanntlich Thema Nummer eins. Doch irgendwann wollten ein paar Parteimitglieder nicht mehr nur in endlosen Sitzungen darüber diskutieren, wie die Umwelt zu schützen wäre, sondern sie wieder einmal hautnah erleben. Es war 1986, als eine kleine Gruppe von Grünen begann, gemeinsam Berggipfel zu erklimmen. Es entstand eine lose Organisation namens Grüne BergsteigerInnen.

Seither haben die Naturliebhaberinnen und Naturliebhaber unzählige Touren durchgeführt. Im Sommer schnüren sie die Wanderschuhe, im Winter schnallen sie Tourenski oder Schneeschuhe an die Füße. Hin und wieder schwingen sie sich auch auf die Velosättel.

Mit Zug und Postauto

Die Liste der Mitglieder wurde länger, das Parteibüchlein war schon bald keine Bedingung mehr. Doch in einem sind sich die Grünen BergsteigerInnen bis heute treu geblieben: Hin- und Rückreise erfolgt stets mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Ein Bindeglied der

Gruppe ist zudem ein gewisses ökologisches Bewusstsein, das immer wieder für angeregte Diskussionen sorgt.

ein- oder mehrtägigen Wanderungen werden abwechslungsweise von verschiedenen Mitgliedern organisiert



In den bald 30 Jahren ihres Bestehens haben die Grünen BergsteigerInnen regelmässig attraktive Programme zu Stande gebracht – je eines für den Sommer und eines für den Winter. Die

und an einem Höck zum Saisonbeginn besprochen. Während einige Touren alpinistisches Geschick und gute konditionelle Leistungen erfordern, gibt es heutzutage auch diverse Angebote für WandererInnen, bei denen der Genuss im Vordergrund steht. In den letzten Jahren sind aufgrund neuer familiärer Situationen sogar kinderwagentaugliche Spaziergänge hinzugekommen. Allen Angeboten gemeinsam ist das Leitmotiv, die Natur zu erleben, ohne sie dabei zu schädigen.

Die Grünen BergsteigerInnen stehen allen Grünen und Grün Angehauchten offen, die gerne mit einer Gruppe ähnlich denkender Menschen unterwegs sind. Weitere Fotos, das aktuelle Programm sowie Konditionen sind ersichtlich auf: www.gruenebergsteiger.ch

■ Andrea Söldi, Grüne Bergsteigerin, Winterthur



FAIR-FOOD BRAUCHT DICH NOCH VIER SAMMELMONATE

Bis zu den Sommerferien müssen wir für die Fair-Food-Initiative pro Mitglied 30 Unterschriften sammeln. An einem gut frequentierten Ort bedeutet dies einen Aufwand von weniger als drei Sammelstunden. Um die Fair-Food-Initiative erfolgreich ins Ziel zu führen, engagiert sich Urs Riklin bis Juni bei uns als Sammelkoordinator.

«Grüezi, d'Fair-Food-Initiativä scho unterschribä?» – «Hä, was für ä Initiativä?» Meine Gespräche auf der Strasse beginnen eigentlich immer gleich. Na, die Fair-Food-Initiative von den Grünen, mit der wir umweltfreundlich und tiergerecht produzierte Lebensmittel sowie Lebensmittel aus fairem Handel fördern wollen. Auch nach 15 Jahren Zürich scheint sich meine Zunge beim Wort «Fair-Food» noch Richtung Osten zu verdrehen. Den Initiativtitel muss ich daher meist noch ein zweites Mal aufsagen, mit locker flatternder Zunge beim «R». Mit über 250 gesammelten Unterschriften in den letzten fünf Wochen ergibt das schon 500 Mal ein ausgesprochenes «Fair-Food!».

Initiative findet Anklang

Abgesehen von dialektalen Kapriolen stösst das Thema Fair-Food in der Bevölkerung auf offene Ohren. Ob am Buskers-Strassenfestival in Bern, beim Theaterspektakel auf der Landiwiese, am Stolze-Openair oder auf dem Wochenmarkt in Oerlikon: Kommt man mit den Leuten ins Gespräch, lässt es sich leicht Unterschriften sammeln. Natürlich gibt es je nach Standort Unterschiede. Neulich auf dem Bundesplatz-

Markt lief es etwas harzig, sodass ich mir bereits Gedanken zur vorne locker flatternden Zunge zu machen begann. Doch kaum hatte ich mich einige Meter vom Marktgeschehen entfernt, lief es wieder wie gewohnt. Die Leute waren dann nicht mehr unmittelbar nur aufs Essen fokussiert.

Noch vier Sammelmonate

Es bleiben vier Sammelmonate, um die Initiative erfolgreich zu Stande zu bringen. Wenn sich alle Grünen nach ihren Möglichkeiten beteiligen, schaffen wir das! Bis Ende Juni werde ich zusammen mit den Sektionen im Kanton zahlreiche Sammelevents planen, wo sich jede und jeder ohne grossen Aufwand anschliessen kann: Kugelschreiber, Sammelbretter, Unterschriftenbogen und ein Allwetterplakat gibt's vor Ort. Wann und wo wir am Sammeln sind, teilen wir allen Mitgliedern regelmässig per Mail mit. Das 1. Mai-Fest in Zürich oder die Afropfingsten in Winterthur bilden schon mal zwei Grundpfeiler in der Planung. Ich lade alle herzlich dazu ein, sich den Sammelevents anzuschliessen und die bereits aktiven Mitglieder bei der Unterschriftensammlung zu unterstützen.

«Sammeln mit Urs»

Dank des grossen Engagements der Kandidierenden und WahlkampfhelferInnen für die Kantons- und Regierungsratswahlen sind wir mit der Unterschriftensammlung ein gutes Stück vorangekommen. An dieser Stelle herzlichen Dank an alle Beteiligten! Wichtig ist, dass sich auch nach den Wahlen möglichst viele Personen engagieren. Wer sich noch unsicher in der Argumentation oder beim Sammeln auf der Strasse fühlt, kann sich gerne mir anschliessen. Sammelevents, an denen ich vor Ort bin, sind im Infomail mit «Sammeln mit Urs» gekennzeichnet.

■ Urs Riklin, Sammelkoordinator, Zürich
urs.riklin@gruene-zh.ch

FAIR-FOOD-INITIATIVE KURZ ERKLÄRT

Im Grundsatz verlangt die Initiative, dass importierte Lebensmittel nach Schweizer Umwelt- und Tierschutzstandards produziert sein und aus fairem Handel stammen sollen. Weiter sollen Massnahmen gegen Lebensmittelverschwendung ergriffen sowie lokale und saisonale Produkte gefördert werden. Wichtig dabei ist der standortgerechte Anbau.

Dies führt nicht nur zu einer nachhaltigeren Produktion. Dank der Initiative erhalten Schweizer BäuerInnen einen fairen Wettbewerb, wir importieren nicht mehr fragwürdige Produkte wie Fleisch aus Tierfabriken oder genveränderte Futtersoja aus grossflächigen Monokulturen und die ProduzentInnen in anderen Ländern können dank fairen Preisen ihr Auskommen sichern.



GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

12. Mai 2015, 18:30 Uhr

Generalversammlung

Ev.-ref. Kirchgemeindehaus Zürich
Wipkingen, Rosengartenstrasse 1+1a
Jahresbericht und Rechnung 2014,
Wahlen in die Parteigremien,
Nominationen NR- und SR-Wahlen

GRÜNE BEZIRK DIELSDORF

21. Mai 2015, 19:00 Uhr

Generalversammlung

Vortrag und Diskussion mit einem
Grünen NR-Kandidaten (ab 20:00 Uhr)
Ort noch unbekannt

GRÜNE WALD

18. Juni 2015, 21:00 Uhr

Solarkino Grüne Wald «Hin und weg»

19. Juni 2015, 21:00 Uhr

Solarkino Grüne Wald «Ziemlich beste Freunde»

Bahnhofstrasse, bei Regen im Zelt.
Mit Barbetrieb. Stühle, Kissen und
Decken selber mitbringen.

GRÜNE WINTERTHUR

3. Mai 2015, 11:00 Uhr

Living Room «2000 Watt: Watt n datt? Leistung, Energie und CO2»

Brunch, Politik und Kultur, mit Reto
Diener, Gemeinderat Grüne
Spengerei

13. Mai 2015, 19:30 Uhr

Jahresversammlung

Kongresszentrum Liebestrasse
Traktanden: Rechnung, Budget, Wah-
len, Abstimmungsvorlagen 14. Juni

2. Juni 2015, ab 19:00 Uhr

Ziitgrünen

Bistro Alltag
Offener Austausch über Grünes und
Anderes, mit VertreterInnen von
Gemeinderatsfraktion und Vorstand

9. Juli 2015, ab 19:30 Uhr

Sommerfest

Ort noch unbekannt
Gemeinsames Essen zum Abschluss
der ersten Jahreshälfte

GRÜNE STADT ZÜRICH

19. Mai 2015, 19:30 Uhr

Soiree fixe «Vegan: Chörnli picken oder mit gutem Gewissen geniessen?»

Kulturhaus Helferei
Themenabend für Mitglieder und
Interessierte mit Jungkoch
Philip Hochuli

13. Juni 2015, ab 10:30 Uhr

Nationalrats-Brunch

Ort noch unbekannt
Grüne Zürich 11/12

7. Juli 2015, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Thema «Grünes Spannungsfeld: hohe
Lebensqualität und Gentrifizierung»
Zentrum Karl der Grosse

JUNGE GRÜNE

19. April 2015, 14:00 Uhr

Treffen AG Garten

Sihlquai 115, Zürich

21. April 2015, 19:00 Uhr

Junggrüner Treff

Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

GRÜNKOHL

BIOGAS

Das Motto der Weltausstellung von
Milano bringt ein ernstes Thema
auf's Tapet: «Ernährung der Welt,
Energie für's Leben». Aber auch für
ernste Probleme gibt es Lösungen.

Mein Vorschlag: Im Nachgang der
Zürcher Wahlen haben wir von
Politologen ja so viel Kohl erzählt
gekriegt – die Grünen verlieren, weil
die Energiewende bereits umge-
setzt ist –, dass man mit diesem
nicht nur die Welt ernähren, son-
dern mit den Abfällen auch genug
Energie für alle erzeugen könnte.

Zum Schmunzeln brachte mich da-
gegen der Versuch der Freisinnigen,
sich im Nachgang der Zürcher Wah-
len nun ein Mänteli als wirtschafts-
freundliche Ökopartei umzulegen.
Nach dem Motto «ausen grün,
innen nix!» versuchen sie nun offen-
bar, kurz vor den eidgenössischen
Wahlen auf die Verliererstrasse der
Grünliberalen einzubiegen. Die Grü-
nen wünschen viel Glück dabei!

■ Grünkohl

1.–3. Mai 2015

**1.Mai-Demo und Stand der Jungen
Grünen am 1. Mai-Fest**
Kasernenareal, Zürich

8. Mai 2015

Mitgliederversammlung
Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

16. Juni 2015, 19:00 Uhr

Junggrüner Treff
Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

14. Juli 2015, 19:00 Uhr

Junggrüner Treff
Seki, Ackerstrasse 44, Zürich

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen